

# Gemeinde gewinnt etwas Datenautonomie zurück

Mit neuer Finanzsoftware koppelt Leutenbach teilweise vom regionalen ZV Rechenzentrum ab und folgt unter anderem Winnenden

**Leutenbach (usp).**

**Die Gemeindeverwaltung wird sich eine neue Finanzsoftware zulegen. Das bisher verwendete Verfahren ist seit 1980 in Leutenbach in Betrieb und wird vom Zweckverband Kommunale Datenverarbeitung Region Stuttgart verwaltet. Mit der genannten Jahreszahl ist eigentlich schon der Grund genannt, warum es Zeit ist, das Programm auszumustern.**

Vor rund zehn Jahren schon war eigentlich die Ablösung spätestens vor beziehungsweise bis zur Jahrtausendwende vorgesehen. Doch mit der Entwicklung und Einführung einer neuen, eher praxistauglichen Software hakte es. Erst seit 2001 ist bei den Kommunen in der Region Zug um Zug umgestellt worden. Bei dem Verfahren, für das sich die weitaus meisten Kommunen entschieden, wird es bislang allerdings nur im Teilbereich Haushaltswesen angewandt.

In den vergangenen Monaten haben die Städte Backnang, Fellbach, Waiblingen beziehungsweise deren zuständige Sachbearbeiter noch andere Programme geprüft und bewertet, Leutenbach machte bei der be-

treffenden Arbeitsgruppe ebenfalls mit. Dabei stellte sich das Programm „Finanz plus“ des Anbieters Data-plan als eindeutiger Favorit heraus, auch unter finanziellen Gesichtspunkten. Die genannten Städte haben bereits entsprechende Verträge abgeschlossen und werden zum Jahresbeginn 2006 umstellen. Auch Leutenbach wird nun also beim Rechenzentrum des Zweckverbands kündigen und könnte zum 1. Januar 2007 mit der Umstellung beginnen. Die Kündigung betrifft allerdings nur das bisherige Finanzverfahren. Für die Bereiche Einwohnerwesen und Personalwesen ändert sich vorerst nichts.

Das neue Programm hat den Vorteil, dass es integriert ist, sprich aus einer Maske heraus bearbeitbar, alle Bereiche des kommunalen Finanzwesens abdeckt, von der Haushaltsplanung bis zu den Steuer- und Gebührenveranlagungen. Zudem gelten weiter verfügbare und integrierbare Module als besonders anwenderfreundlich. Data-Plan, mit Sitz in Stuttgart und etwa 150 Mitarbeitern, betreut laut Kämmerlei mit Stand von Jahresanfang knapp 30 Kommunen im Land in einer Größenordnung von 1 500 bis 36 000 Einwohnern.

Wie Kämmerin Christa Goisser im Gemeinderat erläuterte, ist das neue, bedienerfreundliche Programm auch deshalb besonders für Leutenbach geeignet, weil

durch die dezentrale Mittelbewirtschaftung Sachbearbeiter in allen Ämtern von der Umstellung betroffen sein werden. Die Arbeit im Finanzwesenprogramm kommt zu ihrer eigentlichen Haupttätigkeit hinzu, der Einarbeitungs- und Schulungsaufwand sollte also nicht zu zeitaufwändig und kompliziert sein.

Die Leutenbacher Kämmerlei hat sich deswegen vor einigen Wochen in der Stadt Süßen – 10 000 Einwohner, im Kreis Göppingen gelegen – umgeschaut, das mit der Einführung vor einigen Wochen begonnen hat und war sehr angetan davon, wie reibungslos der Betrieb dort schon lief.

Für die Umstellung muss die Gemeinde aber zunächst mal in die Kasse greifen. Es fallen nämlich wesentlich höhere Lizenzgebühren als bisher an. Auf der anderen Seite wird dies durch deutlich geringere Betriebskosten in wenigen Jahren ausgeglichen. Neue Computer müssen in diesem Zusammenhang nicht angeschafft werden, die Hardware-Ausstattung der Verwaltung ist in den vergangenen Jahren auf den neuesten Stand gebracht worden und sollte den Anforderungen der neuen Software genügen.

Data-plan gewährleistet vertraglich die Pflege des Programms für mindestens zwölf Jahre (zwei Jahre Gewährleistungszeit, danach zehn Jahre Garantie für die Pflege).

Die Verwaltung geht auf Grund der Referenzliste und der Auftragslage des Anbieters davon aus, dass er auch langfristig seine Verpflichtungen nachkommen kann. Vertrauensbildend ist wohl auch, dass sich mittelfristig so etwas wie eine informelle, interkommunale Interessengemeinschaft der Anwender abzeichnet.

Das Standardprogramm ist autonom, was bedeutet, es wird bei der Gemeinde installiert, die Verarbeitung und Speicherung der Daten erfolgt künftig bei ihr selbst. Sie gewinnt also ein Stück Autonomie zurück, das Anfang der 80er Jahre weggegeben werden musste, weil bei Einführung der EDV die Kommunen von den technischen Kapazitäten her gar nicht in der Lage waren, die betreffenden Daten zu speichern und zu verwalten.

Die Änderung bedeute jedoch nur ein neues Buchhaltungsprogramm, aber – noch – keinen Abschied von der Kameralistik, versicherte die Kämmerin im Gemeinderat. Sie schließt allerdings nicht aus, dass der Zweckverband „reagieren“ müsse, wenn immer mehr Kommunen abspringen beziehungsweise weniger Dienstleistungen bei ihm in Anspruch nehmen. Da auch dieser ZV umlagefinanziert ist und Fixkosten hat, könnte es also über kurz oder lang auf eine Umlageanteil-Erhöhung hinauslaufen, oder aber der ZV speckt ab.